

### I. Allgemeines

#### § 1 Name, Sitz, Eintragung und Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen Tennis-Club Rot-Weiß Worms e.V.
2. Der Sitz des Vereins ist in Worms.
3. Der Verein ist im Vereinsregister des AG Mainz VR 10471 eingetragen.
4. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

#### § 2 Zweck des Vereins

##### 1. Vereinszweck

- a) Der Verein bezweckt die Pflege des Tennissports und die Förderung des Sports als Mittel zur Erhaltung der Gesundheit sowie als Möglichkeit für insbesondere junge Menschen, ihr Leistungsvermögen zu erproben.
- b) Der Verein fördert den Leistungssport auf allen Ebenen und widmet sich insbesondere auch dem Freizeit- und Breitensport.
- c) Der Verein bezweckt die Pflege und Förderung der allgemeinen Jugendarbeit

##### 2. Der Vereinszweck wird erreicht durch

- a) die Durchführung regelmäßiger Sportveranstaltungen,
- b) die Durchführung eines leistungsorientierten Trainingsbetriebes,
- c) den Aufbau eines umfassenden Trainings- und Übungsprogramms für alle Bereiche, einschließlich des Freizeit- und Breitensports,
- d) die Teilnahme an sportspezifischen und übergreifenden Sport- und Vereinsveranstaltungen,
- e) die Durchführung von allgemeinen Jugendveranstaltungen und –maßnahmen,
- f) die Beteiligung an Turnieren und sportlichen Wettkämpfen.

#### § 3 Gemeinnützigkeit

- 1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- 2) Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Ziele. Alle Mittel des Vereins dürfen nur zu satzungsmäßigen Zwecken verwendet werden.
- 3) Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßige Vergütungen begünstigt werden.
- 4) Bei Bedarf können Vereinsämter, im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten, gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach §3 Nr.26a EStG ausgeübt werden. Die Entscheidung hierüber trifft die Mitgliederversammlung. Zu Inhalten, Laufzeiten und Beendigung entscheidet der Vorstand (§ 11.1,c).
- 5) Ausscheidende Mitglieder haben gegenüber dem Verein keinen Anspruch am Vereinsvermögen.

#### § 4 Verbandsmitgliedschaften

- 1) Der Verein ist Mitglied im
  - a. Sportbund Rheinhessen e.V.,
  - b. Tennisverband Rheinhessen e.V.
- 2) Der Verein erkennt die Satzungen, Ordnungen und Wettkampfbestimmungen der Verbände nach Absatz 1 als verbindlich an.

- 3) Die Mitglieder des Vereins unterwerfen sich durch ihren Beitritt zum Verein den maßgeblichen Satzungen, Ordnungen und Wettkampfbestimmungen der Verbände nach Absatz 1.

## II. Vereinsmitgliedschaft

### § 5 Mitgliedschaften

- 1) Der Verein besteht aus:
  - a. ordentlichen Mitgliedern
  - b. passiven Mitgliedern
  - c. Ehrenmitgliedern
- 2) Ordentliche Mitglieder sind alle Mitglieder, die sich aktiv am Vereinsleben beteiligen, ohne Berücksichtigung des Lebensalters.
- 3) Passive Mitglieder sind die fördernden Mitglieder des Vereins.
- 4) Auf Vorschlag des Vorstandes kann die Mitgliederversammlung Personen, die sich um den Verein in besonderer Weise verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernennen.

### § 6 Erwerb der Mitgliedschaft

- 1) Die Mitgliedschaft wird durch Aufnahme erworben. Es ist ein Aufnahmeantrag in Textform an den Vorstand zu richten.
- 2) Das Aufnahmegesuch eines beschränkt Geschäftsfähigen oder Geschäftsunfähigen ist von dem/den gesetzlichen Vertreter(n) zu stellen.
- 3) Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand durch Beschluss. Mit der Beschlussfassung beginnt die Mitgliedschaft. Das Mitglied erhält eine Aufnahmebestätigung in Textform.
- 4) Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht. Die Ablehnung der Aufnahme muss nicht begründet werden.

### § 7 Ende der Mitgliedschaft

- 1) Die Mitgliedschaft endet durch
  - a. Austritt aus dem Verein,
  - b. Tod,
  - c. Ausschluss.
- 2) Der Austritt (Kündigung) erfolgt durch eine Erklärung in Textform gegenüber dem Vorstand des Vereins. Der Austritt kann nur zum Ende des Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Wochen erklärt werden.
- 3) Wenn ein Mitglied, trotz zweimaliger Mahnung in Textform an die zuletzt dem Verein genannte Anschrift, mit der Zahlung von Beiträgen in Verzug ist, kann es durch den Beschluss des Vorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden. Über den Beschluss des Vorstandes zur Streichung aus der Mitgliederliste ist das Mitglied zu informieren.
- 4) Bei der Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle Ansprüche gegenüber dem Verein. Nicht berührt sind Verpflichtungen aus dem Mitgliedschaftsverhältnis, insbesondere ausstehende Beitragspflichten.

### § 8 Ausschluss aus dem Verein

- 1) Ein Ausschluss kann erfolgen, wenn das Mitglied in grober Weise den Vereinsinteressen zuwiderhandelt und ein wichtiger Grund gegeben ist.
- 2) Über den Antrag auf Ausschluss entscheidet der Gesamtvorstand. Jedes Mitglied ist zur Antragstellung berechtigt.

- 3) Über das Verfahren der Ausschließung ist das Mitglied zu informieren. Dabei ist die Gelegenheit zu geben, binnen einer Frist von zwei Wochen, in Textform Stellung zu nehmen. Nach Ablauf der Frist entscheidet der Vorstand auch unter Berücksichtigung einer eingegangenen Stellungnahme.
- 4) Der Gesamtvorstand entscheidet mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit.
- 5) Der Ausschluss wird mit der Beschlussfassung sofort wirksam. Er ist dem Mitglied in Textform unter der Angabe des Grundes mitzuteilen.
- 6) Gegen den Beschluss des Gesamtvorstandes kann das betroffene Mitglied Beschwerde einlegen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Über die Beschwerde entscheidet die nächste Mitgliederversammlung.
- 7) Die Klage vor einem ordentlichen Gericht bleibt hiervon unberührt.

### III. Rechte und Pflichten der Mitglieder

#### § 9 Beitragsleistungen und Beitragspflichten

- 1) Der Vorstand erstellt eine Beitragsordnung in der die Einzelheiten zum Beitragswesen des Vereins geregelt wird. Diese Beitragsordnung muss durch die Mitgliederversammlung bestätigt werden. Sie wird Bestandteil der Vereinssatzung.
- 2) Die Beitragsordnung regelt die mitgliedschaftlichen Pflichten: Höhe der Mitgliedsbeiträge, mögliche Aufnahmegebühren, die Erhebung von Umlagen sowie Sachleistungen und die Leistung von Diensten (Arbeitseinsätze). Diese können nach Mitgliedergruppen unterschiedlich festgesetzt werden. Unterschiede müssen sachlich gerechtfertigt sein.
- 3) Der Vorstand kann in begründeten Einzelfällen Leistungen und Pflichten ganz oder teilweise erlassen oder stunden. Etwaige Beschlüsse zur Beitragsfreistellung von Mitgliedern gelten für die Dauer eines Jahres. Verlängerungen gelten ebenfalls je für die Dauer eines Jahres und müssen ebenfalls vom Vorstand beschlossen werden. Ehrenmitglieder sind beitragsfrei. Für passive Mitglieder können besondere Regelungen festgelegt werden.

#### § 10 Ordnungsgewalt des Vereins

- 1) Die Mitglieder sind verpflichtet die Satzungsregeln und die Vorgaben der Vereinsordnungen sowie die Verbandsregeln zu berücksichtigen und einzuhalten. Anweisungen und Entscheidungen der Vereinsorgane und der Mitarbeiter des Vereins sind Folge zu leisten beziehungsweise zu beachten.
- 2) Ziel des Vereins ist es, ein sportliches und faires Verhalten der Mitglieder untereinander und gegenüber sportlichen Wettbewerbern zu gewährleisten. Dazu gehört das ordnungsgemäße Verhalten auf den Anlagen des Vereins.
- 3) Das Fehlverhalten eines Mitglieds kann folgende Vereinsstrafen nach sich ziehen
  - a. Verwarnung
  - b. Ordnungsgebühr bis zu 300.- Euro
  - c. Befristeter Ausschluss von der Nutzung der Sporteinrichtungen sowie vom Trainings- und Übungsbetrieb
  - d. Sperrung für Wettkämpfe, Turniere und sportliche Veranstaltungen
  - e. Enthebung aus dem AmtDie Ermittlungen zum Sachverhalt und das Verfahren werden vom Vorstand eingeleitet. Hält der Vorstand, nach Einholung der Stellungnahme der betroffenen Person, die Verhängung einer Vereinsstrafe für notwendig, ist diese dem Mitglied in Textform zu übermitteln.
- 4) Werden im Sportbetrieb Verbandsstrafen und Ordnungsmaßnahmen gegen Mannschaften verhängt, sind diese verpflichtet die Maßnahme zu tragen. Ist die

Verbandsstrafe durch ein einzelnes Mitglied verursacht worden, hat dieses die Maßnahme zu tragen und den Verein im Innenverhältnis freizustellen.

- 5) Gegen eine Entscheidung des Vorstandes hat das betroffene Mitglied das Recht, die nächste Mitgliederversammlung anzurufen.

## D. Die Organe des Vereins

### § 11 Vereinsorgane

- a) die Mitgliederversammlung,
- b) der Gesamtvorstand,
- c) der Vorstand nach § 26 BGB.

### § 12 Mitgliederversammlung

- 1) Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ des Vereins.
- 2) Eine ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal jährlich im ersten Halbjahr des Jahres statt.

Die Einberufung durch den Vorstand an die Mitglieder erfolgt per E-Mail, Aushang auf der Anlage sowie Veröffentlichung auf der Vereins-Homepage. Zwischen der Einberufung und der Mitgliederversammlung muss eine Frist von mindestens zwei Wochen liegen.

Die Tagesordnung ist der Einladung beizufügen. Der Haushaltsabschluss, die Haushaltsplanung des neuen Geschäftsjahres und eventuelle Anträge müssen eine Woche vor der Mitgliederversammlung im Vereinsheim einzusehen sein.

- 3) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig.
- 4) Die Mitgliederversammlung wird vom 1. Vorsitzenden geleitet. Bei seiner Verhinderung wird die Versammlung von einem anderen Mitglied des Vorstandes geleitet. Unabhängig hiervon kann die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit einen Versammlungsleiter wählen.
- 5) Abstimmungen und Wahlen erfolgen offen per Handzeichen. Bei einem Antrag von 25 % der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder auf Durchführung einer geheimen Abstimmung /Wahl hat die Mitgliederversammlung diese vorzunehmen.
- 6) Mitglieder können bis spätestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung schriftlich beim Vorstand eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. Der Versammlungsleiter hat die Ergänzungen der Tagesordnung, die von den Mitgliedern beantragt wurden, bekannt zu geben. Versammlung beschließt die Aufnahme von Ergänzungen der Tagesordnung.
- 7) Anträge zur Mitgliederversammlung können vom Vorstand, Gesamtvorstand und von Mitgliedern eingebracht werden. Sie müssen dem Vorstand mindestens eine Woche vor der Versammlung in Textform mit einer Begründung vorliegen.
- 8) Dringlichkeitsanträge bedürfen zur Beratung und Beschlussfassung einer zweidrittel Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten. Als Dringlichkeitsanträge werden nur solche Anträge anerkannt, die ihrer Natur nach nicht fristgerecht eingereicht werden konnten. Satzungsänderungen oder Auflösungsanträge sind von dieser Regelung grundsätzlich ausgeschlossen.

### § 13 Zuständigkeiten und Aufgaben der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist in folgenden Vereinsbelangen zuständig:

- 1) Entgegennehmen des Jahresberichtes des Gesamtvorstandes,
- 2) Entlastung des Gesamtvorstandes,
- 3) Genehmigung der Haushaltsplanung für das nächste Geschäftsjahr,

- 4) Genehmigung zur Änderung der Beitragsordnung und / oder der Änderung der Beiträge,
- 5) Genehmigung zur Erhebung einer Vereinsumlage,
- 6) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Gesamtvorstandes,
- 7) Wahl der Kassenprüfer,
- 8) Änderung der Satzung und Beschlussfassung über die Auflösung/ Fusion des Vereins,
- 9) Ernennung von Ehrenmitgliedern/ Ehrenvorständen,
- 10) Beschlussfassung über Beschwerden bei Vereinsausschlüssen,
- 11) Beschlussfassung über eingereichte Anträge,
- 12) Verabschiedung von Vereinsordnungen soweit diese nicht nach Satzung oder Beschluss der Mitgliederversammlung in die Zuständigkeit des Vorstands oder des Gesamtvorstandes fallen.

### § 14 Gesamtvorstand

- 1) Den Gesamtvorstand des Vereins bilden:
  - a. die/der 1.Vorsitzende,
  - b. die/der 2.Vorsitzende,
  - c. die/der Kassenwart/-in,
  - d. die/der Leiter/-in für sportliche Entwicklung,
  - e. die/der Sportwart/-in,
  - f. die/der Jugendwart/-in,
  - g. Beisitzer/in
  - h. Beisitzer/in
  - i. Beisitzer/in
  - j. Beisitzer/in
  - k. Beisitzer/in
  - l. Beisitzer/in
- 2) Eine Personalunion ist nicht zulässig.
- 3) Der Gesamtvorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre.
- 4) Eine Wiederwahl ist zulässig. Der Gesamtvorstand bleibt auch nach Ablauf der Amtszeit im Amt, bis ein neuer Gesamtvorstand gewählt ist. Abwesende können gewählt werden, wenn sie ihre Bereitschaft zur Annahme des Amtes vorher schriftlich erklärt haben.
- 5) Scheidet ein Mitglied des Gesamtvorstandes vorzeitig aus, so kann der Vorstand für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen einen Nachfolger bestimmen.
- 6) Die Mitglieder des Gesamtvorstandes haben in der Sitzung je eine Stimme. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme des 1. Vorsitzenden ausschlaggebend.
- 7) Die Sitzungen des Gesamtvorstandes werden durch den 1.Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom 2.Vorsitzenden, einberufen und geleitet.
- 8) Der Gesamtvorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben.
- 9) An den jeweiligen Vorstandssitzungen können mit Zustimmung oder auf Einladung des Vorstandes weitere Mitglieder ohne Stimmrecht teilnehmen.

### § 15 Zuständigkeiten und Aufgaben des Gesamtvorstandes

- 1) Der Gesamtvorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Organ übertragen ist.
- 2) Aufgaben sind:
  - a. Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung,
  - b. Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung,
  - c. Buch- und Kassenführung, Kontrollmaßnahmen,

- d. Rechenschaftsbericht, Erstellung des Jahresberichts- und der Jahresrechnung sowie der Haushaltsplanung,
- e. Beschlussfassung über die Aufnahme von Mitgliedern,
- f. Streichung von Mitgliedern aus der Vereinsliste,
- g. Ausschluss von Mitgliedern,
- h. Durchführung der Jahresterminplanung,
- i. Pflicht zur Dienstaufsicht,
- j. Information der Vereinsmitglieder über wesentliche Vorkommnisse,
- k. Registerrechtliche Pflichten.

### § 16 Vorstand gemäß § 26 BGB

- 1) Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch die / den 1.Vorsitzende(n), die / den 2.Vorsitzende(n), die / den Kassenwart(in) und die / den Leiter(in) für sportliche Entwicklung vertreten.
- 2) Je zwei von ihnen, gemeinsam handelnd, vertreten den Verein.
- 3) Der Rücktritt aus dem Vorstand ist dem Verein in Textform anzuzeigen.
- 4) Der Vorstand ist an den von der Mitgliederversammlung genehmigten Haushalt gebunden. Rechtsgeschäfte über diese Vorgaben hinaus entscheidet der geschäftsführende Vorstand.

### § 17 Beschlüsse und Protokolle

- 1) Alle Organe des Vereins fassen ihre Beschlüsse mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit die Satzung keine andere Regelung vorsieht. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht berücksichtigt. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung. Eine Übertragung des Stimmrechts ist ausgeschlossen.
- 2) Alle Beschlüsse der Organe sind schriftlich zu protokollieren und vom jeweiligen Protokollführer und Versammlungsleiter zu unterzeichnen.

## IV. Sonstige Bestimmungen

### § 18 Änderungen der Satzung

- 1) Über Änderungen der Satzung entscheidet die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen.
- 2) Anträge auf Änderung der Satzung müssen mindestens drei Wochen vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand eingereicht werden.

### § 20 Vereinsordnungen

Der Vorstand ist ermächtigt folgende Vereinsordnungen zu erlassen:

- a) Ehrenordnung,
- b) Geschäftsordnung,
- c) Platz- und Spielordnung.

### § 21 Kassenprüfung

- 1) Die Mitgliederversammlung wählt zwei Kassenprüfer und einen Ersatzprüfer, die nicht dem Gesamtvorstand angehören dürfen.
- 2) Die Amtszeit der Kassenprüfer beträgt jeweils zwei Jahre. Eine Wiederwahl ist möglich.
- 3) Die Kassenprüfer überprüfen einmal jährlich die gesamte Kassenführung des Vereins mit allen Konten, Buchungsunterlagen und Belegen. Sie erstatten dem Gesamtvorstand und der Mitgliederversammlung darüber einen Bericht.



- 4) Soll über das Ergebnis einer Kassenprüfung im Rahmen einer außerordentlichen Mitgliederversammlung berichtet werden, ist ein entsprechender Antrag an den Vorstand zu stellen.

### § 22 Datenschutz

- 1) Zur Erfüllung der Zwecke und Aufgaben des Vereins werden unter Beachtung der Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder im Verein verarbeitet. Dies können sein:

- Zuname, Vorname, Geburtsdatum, Geschlecht und Nationalität
- Anschrift, Bankverbindung, Telefon-/Faxnummer und E-Mail-Anschrift
- Vereinsfunktion, Vereinsnummer, ID-Nummer, Leistungsklasse und Spielergebnisse

Die Daten werden ausschließlich dazu verwendet, die Mitglieder in allen Angelegenheiten, die dem Tennissport dienen, optimal und umfassend zu informieren, zu beraten und zu betreuen. Alle personenbezogenen Daten werden vor der Kenntnisnahme Dritter geschützt.

Dem Tennisverband Rheinland-Pfalz und Rheinhessen sind die Mitgliederdaten unter geschützter Zugangsberechtigung zugänglich. Darüber hinaus sind die Mitgliederdaten ebenso Wirtschaftsunternehmen (Banken, Versicherungen, Steuerberater), mit denen notwendige Geschäftsbeziehungen zur Erfüllung des Vereinszwecks eingegangen werden (nach Vertragsabschluss) bzw. bereits bestehen, unter geschützter Zugangsberechtigung zugänglich. Aus Gründen der Datensicherheit ist das Mitgliedersystem des Vereins bei einem zertifizierten Provider verortet.

- 2) Der Verein ist berechtigt, die regionale sowie überregionale Presse und andere Medien über Sportergebnisse sowie besondere Ereignisse und Feierlichkeiten im Verein inklusive Bildern und Videos zu informieren. Diese Informationen können außerdem mit personenbezogenen Daten auf der Vereins-Homepage, in der Vereinszeitung oder den Infotafeln im Vereinsheim sowie in den sozialen Medien veröffentlicht werden. Das Mitglied kann einer Veröffentlichung widersprechen. In diesem Fall unterlässt der Verein eine Veröffentlichung.
- 3) Mitgliederlisten werden ausschließlich auf Anforderung an den Tennisverband Rheinland-Pfalz sowie Rheinhessen, den Vorstands- und Vereinsmitgliedern mit Funktionen herausgegeben, für die die Kenntnis der Mitgliederdaten erforderlich ist und ausschließlich, wenn sie zu Verbands-/Vereinszwecken verwendet werden.

Den Organen des Vereins, allen Mitarbeitern oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als dem jeweiligen zur Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht auch über das Ausscheiden der oben genannten Personen aus dem Verein hinaus.

- 4) Beim Austritt werden alle personenbezogenen Daten aus dem EDV-System des Vereins entfernt. Daten, die aus steuergesetzlichen Bestimmungen aufbewahrt werden müssen, werden ab der schriftlichen Austrittsbestätigung bis zu zehn Jahre vom Vorstand festgehalten.

- 5) Soweit die in den jeweiligen Vorschriften beschriebenen Voraussetzungen vorliegen, hat jedes Vereinsmitglied insbesondere die folgenden Rechte:
- das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 DS-GVO
  - das Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 DS-GVO
  - das Recht auf Löschung nach Artikel 17 DS-GVO
  - das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DS-GVO
  - das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DS-GVO
  - das Widerspruchsrecht nach Artikel 21 DS-GVO

## V. Schlussbestimmungen

### § 23 Auflösung des Vereins

- 1) Zur Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von vier Fünfteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
- 2) Falls die Mitgliederversammlung nicht anders beschließt, sind im Falle der Auflösung der 1. und 2. Vorsitzende als Liquidatoren des Vereins bestellt.
- 3) Bei der Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vermögen des Vereins an die Stadt Worms, die es unmittelbar für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

### § 24 Gültigkeit der Satzung

- 1) Die Satzung wurde durch die Mitgliederversammlung am 29.04.2014 in Worms beschlossen.
- 2) Die Satzung tritt mit der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.
- 3) Die bisherige Satzung des Vereins tritt mit der Eintragung und zu diesem Zeitpunkt damit außer Kraft.